

auch für das Pfund für wünschenswert, dagegen warnte Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Valéry Giscard d'Estaing in Washington seine Kollegen davor, sich an „einer Art monetärem LSD“ zu berauschen.

Als Bonn zum Zwecke der Preiswahrheit Agrareinfuhren mit einer Abgabe von 5,5 Prozent belastete, erhob sofort die Brüsseler EWG-Kommission Einspruch. Die Bundesregierung jedoch kümmerte sich nicht darum; sie will die Sondersteuer vielmehr durch eine Klage beim Europäischen Gerichtshof verteidigen.

Und US-Schatzminister David Kennedy, dem der zuletzt auf 3,79 Mark abbröckelnde Dollarkurs die wahre Schwäche seiner Währung deutlich machte, protestierte. „Flexible Wechselkurse“, so beschied er die internationale Finanzwelt, „würden die grundlegende Stabilität des Währungs-Systems gefährden.“

In Wahrheit geht es den Amerikanern weniger um die Stabilität der Geldordnung, die in den vergangenen Jahren ohnehin zu wünschen übrig ließ, als darum, auch weiterhin ungestraft eine Wirtschaftspolitik nach eigenem Gusto betreiben zu können.

Beispielsweise wäre eine Preissteigerungsrate von derzeit sechs Prozent im Jahr, die Amerika unter dem gegenwärtigen System fixierter Kurse ohne Schwächung seiner internationalen Wirtschaftsposition gerade noch hinnehmen kann, bei beweglicheren Wechselkursen nicht mehr möglich. Denn jeder Preisanstieg in den USA, der über die Inflationsraten der europäischen Handelspartner hinausginge, würde sich sofort an den Devisenbörsen in schwächeren Dollar-Notierungen niederschlagen. Damit wäre die Vormachtstellung des Dollar gebrochen.

Als Bonn den Mark-Kurs freigab und die deutsche Valuta bereits zur Wochenmitte um 5,5 Prozent höher als am Montagmorgen notierte, kam das einer teilweisen Abwertung des US-Dollar gleich.

Schatzminister Kennedy setzte daher im Sheraton-Park-Hotel seine Hoffnungen auf eine andere Währungs-Remedur. Zusammen mit den Delegierten der meisten übrigen IWF-Mitgliedsländer stimmte er für die Schaffung eines neuen internationalen Zahlungsmittels, das Amerika ohne Einbuße seiner Stellung als Führungsmacht des Westens von seinen Zahlungsbilanz-Sorgen befreien soll.

Vom 1. Januar nächsten Jahres an sollen danach die Gold- und Devisenreserven der Welt durch sogenannte Sonderziehungsrechte (special drawing rights) im Wert von 9,5 Milliarden Dollar verstärkt werden. Nach dem Willen seiner Schöpfer soll das neue Geld, im Währungsjargon auch „Papiergold“ genannt, helfen, die Zahlungsbilanz-Ungleichgewichte der nächsten Jahre zu überbrücken.

Die Kritiker des heutigen Währungs-Systems freilich glauben nicht, daß sich die Geldmisere der westlichen Welt auf diese Weise beheben läßt.

Dadurch, daß die währungsschwachen Länder wie USA, England oder Frankreich nun hoffen dürfen, die Defizite ihrer Zahlungsbilanzen mit den Krediten aus Sonderziehungsrechten abdecken zu können, besteht vielmehr die Gefahr, daß die seit langem nötigen Wechselkurs-Korrekturen nur noch weiter hinausgeschoben werden.

„Deshalb erlaube ich mir“, so kritisierte auch Bundesbank-Präsident Karl Blessing in Washington das neue Geld, „etwas skeptisch zu sein.“

SCHWEIZ

SPIONAGE

Heiße Ware

Der Speditions- und Zollfachmann Hans Strecker, 32, leistete an einem Sonntagnachmittag Überstunden — was er noch nie getan hatte.

Am 20. September machte er sich bereits um 7.30 Uhr in der Hausmeister-Garage der Förder- und Transportanlagenfabrik Rotzinger & Co. in Kaiserstuhl (Kanton Aargau) zu schaffen.

Aus 120 x 80 x 50 Zentimeter großen Kisten kramte Strecker einige Rollen und Bündel Papier, warf sie in seinen schwarzen Mercedes (Kennzeichen SAK—W 702) und jagte davon.

Karl Rotzinger hatte seinen Angestellten aus etwa 100 Meter Entfernung beobachtet und rief seinen Bruder Hans. Gemeinsam gingen sie Streckers plötzlichem Eifer nach. „Ein Blick in die oberste Kiste zeigte mir sofort, daß es sich hier um heiße Ware handelte“, meint Hans Rotzinger.

Die „heiße Ware“ sollte in eines der heißesten Krisengebiete der Welt verfrachtet werden — in den Nahost-Staat Israel. Allerdings konnte die Schweizer Polizei nur noch den Inhalt von sechs Kisten sicherstellen, 14 andere Behälter waren bereits verfrachtet: mit Konstruktionsplänen für das Triebwerk des französischen „Mirage“-III-Kampfflugzeuges. Die „Mirage“ fliegt auch in Israel, doch seit Frank-



Gesuchter Kurier Strecker Überstunden geleistet

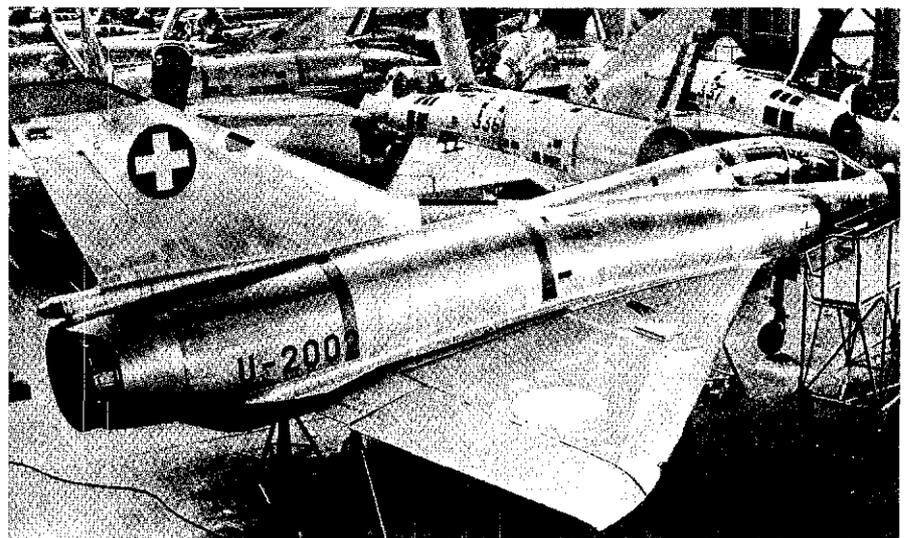
reichs Waffenembargo sind die Israelis von Ersatzteillieferungen teilweise abgeschnitten.

Der Schweizer Bundesanwalt Hans Walder urteilte: „Es handelt sich, soweit es den Umfang der Materiallieferungen anbelangt, um den größten Spionagefall, den die Schweiz je erlebte.“

Strecker war nur für den Transport verantwortlich, beschafft hatte die Zeichnungen Alfred Frauenknecht, 43. Er arbeitete seit 17 Jahren bei der Firma Gebrüder Sulzer AG in Winterthur, zuletzt mit rund 3200 Mark Monatsgehalt als Leiter der Abteilung für Düsentriebwerke und als Prokurist.

Vor acht Jahren hatten die Eidgenossen beschlossen, die „Mirage“ zu kaufen. Sie durften sie sogar in Lizenz herstellen. Die Firma Sulzer AG erhielt den Auftrag für den Bau der Triebwerke Atar 9 C. Mitte letzten Jahres lieferte Sulzer das letzte der bestellten Triebwerke für 54 „Mirage“-Flugzeuge aus.

Frauenknecht, der für die Verbindung zwischen Sulzer und 200 Zu-



Schweizer „Mirage“ III: Baupläne geschmuggelt

lieferfirmen zuständig war, hatte auch die Rückgabe der ausgeliehenen Konstruktionspläne zu überwachen. Die Zeichnungen wurden noch auf Mikrofilm aufgenommen, dann sollte Frauenknecht die Pläne im Verbrennungsofen vernichten — ob er es auch wirklich tat, wurde nicht kontrolliert.

Frauenknecht verheizte die Pläne nicht, denn der israelische Geheimdienst hatte die „Mirage“-Quelle angezapft. Frauenknechts Vetter Josef, ein Autobuschauffeur in Winterthur, mietete eine Garage. Dort wurden die echten Pläne gegen Makulaturen ausgetauscht, die in den Ofen wanderten.

Die Originalpläne aber übernahm Hans Strecker in Kaiseraugst und brachte sie in die Bundesrepublik. Schwierigkeiten bekam Strecker beim Transport der Papierflut nie. Er wohnte im badischen Rheinfeldens und war den Zöllnern als täglicher Grenzgänger und Zollsachverständiger gut bekannt. Außerdem sind Baupläne zollfrei.

Warum Strecker und Frauenknecht mit ihrer heißen Ware den Umweg über die Bundesrepublik wählten, blieb bislang unklar. Möglicherweise ging Frauenknecht seinen Anwerberrn auf den Leim: Strecker ist DDR-Flüchtling und war zuletzt 1968 in Ost-Berlin. Die Bundesanwaltschaft in Bern meint jedoch, sichere Beweise zu besitzen, daß die Pläne an Israel und nicht etwa an die DDR verkauft wurden. Nachdem die Brüder Rotzinger den Kisten-Inhalt gesehen hatten, kam Strecker noch einmal zurück und erzählte, er handle im Auftrag „autorisierter Stellen“, was er beweisen werde.

Wiederum ließen die Brüder — einer ist Abgeordneter im Aargauer Kantonsparlament — ihren Zolldeklarationen laufen und alarmierten erst dann die Polizei, als sie einige Araber zu sehen glaubten.

Drei Tage später, am Dienstag vorletzter Woche, wurde Frauenknecht verhaftet. Obwohl er für seine Agentendienste rund 800 000 Mark erhalten hat, behauptet er, aus Sympathie zu Israel gehandelt zu haben.

Strecker aber blieb verschwunden.

WARSCHAUER PAKT

MANÖVER

Schlacht an der Küste

Dreizehn Monate nach dem Einmarsch einer Streitmacht des Warschauer Paktes in die ČSSR — darunter polnische Truppen — rückten Tschechen und Slowaken bewaffnet in Gomulkas Volksrepublik. Wesentlicher Unterschied: Prags Soldaten schossen nur mit Platzpatronen.

Entsprechend verschieden war der Empfang. Damals hatten marschierende Polen in Böhmen vor allem Flüche zu hören und Fäuste zu sehen bekommen. Stolz meldete nun Radio Prag, mittlerweile wieder auf Moskau eingestimmt, die ins Ostblock-Manö-



ČSSR-Luftlandesoldaten in „Oder-Neiße 69“: Nach dem Schock der Okkupation ...

ver „Oder-Neiße 69“ ziehenden ČSSR-Soldaten seien von der polnischen Bevölkerung „mit Blumen überschüttet“ worden.

Freundliche Seelenmassage für Tschechen und Slowaken sowie kritische Prüfung ihrer nach dem Okkupationschock verbliebenen militärischen Fähigkeiten waren zwei der Hauptgründe für das Kriegstheater, das Moskau, Ost-Berlin, Warschau und Prag im westlichen Polen aufführten. Zugleich wollte der Warschauer Pakt

▷ beweisen, daß getreu der Breuschnew-Doktrin „die Soldaten der Bruderarmeen ... durch die große Leninsche Idee des proletarischen Internationalismus vereint sind“ („Iswestija“);

▷ zeigen, daß trotz Verlegung zahlreicher Sowjet-Divisionen an die chinesische Grenze Moskaus Herrschaftsanspruch auf dem westlichen Glacis bestehen bleibt;

▷ Bonn am Vorabend der Bundestagswahl mit militärischer Machtentfaltung beeindrucken und schließlich

▷ die Fertigkeit der verbündeten Truppen im weiträumigen Kampf der verbundenen Waffen und bei der Überquerung dreier Flüsse testen.

Strategen und Politoffiziere kamen sich bei diesem Programm naturgemäß ins Gehege. Vor allem die Luftlandesoldaten aus der ČSSR wurden von einem „Freundschaftstreffen“ mit polnischen Truppen und Zivilisten zum anderen geschleppt. Die „tiefe Krise, von der die Armee der ČSSR ... erfaßt worden ist“ („Neue Zürcher Zeitung“), wird damit kaum behoben.

Seit Staatspräsident Ludvik Svoboda am 21. August 1968 der gut trainierten und ausgerüsteten Prager Streitmacht die Kapitulation befohlen hatte, sind die Stäbe des Warschauer Pakts da-



... eine Krise in der Armee: ČSSR-Panzerfähre in „Oder-Neiße 69“